Synopsis zur 15. Änderung der Hauptsatzung

Bisherige Fassung	Zukünftige Fassung
§ 9	§ 9
<p>(3) Der Technische Ausschuss erhält Informationen über Vorhaben und laufende Baugenehmigungsverfahren, die für die Stadt- und Ort-schaftsentwicklung besonders bedeutsam sind, zur Wahrung der gemeindlichen Planungshoheit (§§ 14 und 15 BauGB).</p> <p>Dies betrifft:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Ausnahmen von der Veränderungssperre, b) Ausnahmen oder Befreiungen gemäß § 31 BauGB, die entweder zum ersten Mal erteilt werden oder von städtebaulicher Relevanz sind, c) Vorhaben während der Planaufstellung nach § 33 BauGB, d) Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 BauGB <p>mit Ausnahme von</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bauanträgen, bei denen ein Bauvorbescheid vorliegt und dieser eingehalten wird, - Um- und Ausbauten in bestehenden Gebäuden, - Errichtung von Kleingaragen und eingeschossigen Nebengebäu-den bis zu einer Grundfläche von 50 m² überbauter Fläche sowie von Einfriedigungen bis zu einer Höhe von 1,40 m. 	<p>(3) Der Technische Ausschuss erhält Informationen über Vorhaben und laufende Baugenehmigungsverfahren, die für die Stadt- und Ort-schaftsentwicklung besonders bedeutsam sind, zur Wahrung der gemeindlichen Planungshoheit (§§ 14 und 15 BauGB).</p> <p>Dies betrifft:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Ausnahmen von der Veränderungssperre, b) Ausnahmen oder Befreiungen gemäß § 31 BauGB, die entweder zum ersten Mal erteilt werden oder von städtebaulicher Relevanz sind, c) Vorhaben während der Planaufstellung nach § 33 BauGB, d) Vorhaben im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB, e) Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 BauGB <p>mit Ausnahme von</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bauanträgen, bei denen ein Bauvorbescheid vorliegt und dieser ein-gehalten wird, - Um- und Ausbauten in bestehenden Gebäuden, - Errichtung von Kleingaragen und eingeschossigen Nebengebäuden bis zu einer Grundfläche von 50 m² überbauter Fläche sowie von Einfriedigungen bis zu einer Höhe von 1,40 m.

<p style="text-align: center;">§ 8, 9, 10 und 11</p> <p>(2) 1. Vergabe von Arbeiten und Lieferungen von mehr als 37.500 Euro bis 225.000 Euro;</p>	<p style="text-align: center;">§ 8, 9, 10 und 11</p> <p>(2) 1. Vergabe von Arbeiten und Lieferungen von mehr als 60.000 Euro bis 250.000 Euro;</p>
<p style="text-align: center;">§ 14</p> <p>(2) Dem Oberbürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Vollzug des Haushaltsplans einschließlich der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen bis zu 37.500 Euro im Einzelfall; gesetzliche oder vertragliche Ausgaben des täglichen Bedarfs (z. B. für Energie, sonstige Bewirtschaftungskosten, persönliche Ausgaben, Schuldendienst usw.), jedoch ohne betragsmäßige Begrenzung; 	<p style="text-align: center;">§ 14</p> <p>(2) Dem Oberbürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Vollzug des Haushaltsplans einschließlich der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen bis zu 60.000 Euro im Einzelfall, gesetzliche oder vertragliche Ausgaben des täglichen Bedarfs (z. B. für Energie, sonstige Bewirtschaftungskosten, persönliche Ausgaben, Schuldendienst usw.) jedoch ohne betragsmäßige Begrenzung;
<p style="text-align: center;">§ 16</p> <p>(4) Dem Ortschaftsrat werden folgende Aufgaben nach Maßgabe von Richtlinien oder Zielvorgaben der Gesamtstadt zur selbständigen Entscheidung übertragen, soweit diese Aufgaben allein die Ortschaft betreffen, im Haushaltsplan ggf. die hierfür erforderlichen Mittel ausgewiesen sind und im Einzelfall nicht erhebliche gesamt-städtische Belange berührt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vollzug des Haushaltsplans im Rahmen der ihm zugewiesenen Haushaltsmittel, einschl. der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen, sofern die Ausgabe im Einzelfall mehr als 37.500 Euro bis zu 125.000 Euro beträgt; 	<p style="text-align: center;">§ 16</p> <p>(4) Dem Ortschaftsrat werden folgende Aufgaben nach Maßgabe von Richtlinien oder Zielvorgaben der Gesamtstadt zur selbständigen Entscheidung übertragen, soweit diese Aufgaben allein die Ortschaft betreffen, im Haushaltsplan ggf. die hierfür erforderlichen Mittel ausgewiesen sind und im Einzelfall nicht erhebliche gesamt-städtische Belange berührt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vollzug des Haushaltsplans im Rahmen der ihm zugewiesenen Haushaltsmittel, einschl. der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen, sofern die Ausgabe im Einzelfall mehr als 60.000 Euro bis zu 150.000 Euro beträgt;

§ 8

- (2) Der Verwaltungsausschuss entscheidet über:
11. die Ernennung, Beförderung, Zuruhesetzung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten des gehobenen Dienstes bis Besoldungsgruppe A 11 Landesbesoldungsordnung;
 12. die Einstellung, Eingruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten in der Entgeltgruppe 9 bis 11 TVöD, einschl. über- oder außertariflicher Leistungen im Einzelfall.

§ 8

- (2) Der Verwaltungsausschuss entscheidet über:
11. die Ernennung, Beförderung, Zuruhesetzung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten **auf der Ebene von Stabsstellen- und Abteilungsleitungen sowie von sonstigen Dienststellenleitungen mit Ausnahme von Fachbereichsleitungen und hauptamtlichen Ortsvorstehern;**
 12. die Einstellung, Eingruppierung, **Kündigung** und sonstige personalrechtliche Entscheidungen, **einschließlich über- oder außertariflicher Leistungen im Einzelfall, von Beschäftigten auf der Ebene von Stabsstellen- und Abteilungsleitungen sowie von sonstigen Dienststellenleitungen mit Ausnahme von Fachbereichsleitungen und Leitungen im Sozial- und Erziehungsbereich.**

§ 14

- (2) Dem Oberbürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
14. die Ernennung, Beförderung, Zuruhesetzung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten des einfachen und mittleren Dienstes;

§ 14

- (2) Dem Oberbürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
14. die Ernennung, Beförderung, Zuruhesetzung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten, **sofern es sich nicht um Fachbereichs-, Stabsstellen-, Abteilungsleitungen, hauptamtliche Ortsvorsteher sowie um sonstige Dienststellenleitungen handelt;**

15. die Einstellung, Eingruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten bis Entgeltgruppe 8 TVöD, einschl. über- oder außertariflicher Leistungen im Einzelfall;

15. die Einstellung, Eingruppierung, **Kündigung** und sonstige personalrechtliche Entscheidungen, **einschließlich über- oder außertariflicher Leistungen im Einzelfall, von leitenden Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsbereich und von allen übrigen Beschäftigten, sofern es sich nicht um Fachbereichs-, Stabsstellen- und Abteilungsleitungen sowie um sonstige Dienststellenleitungen handelt;**